

Beschluss (vorläufig) Lebenswerte Orte, lebendige Demokratie – Kommunen stärken, Zukunft sichern

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 30.11.2025
Tagesordnungspunkt: KP Starke Kommunen

Antragstext

1 Unsere Kommunen sind das Herz und Rückgrat unseres Landes. Hier spielt sich das
2 Leben ab: Morgens bringen Eltern ihre Kinder in die Kita, Schulkinder warten an
3 der Bushaltestelle. Auf dem Weg zur Arbeit trifft man Nachbar*innen, die kurz
4 beim Bäcker halten. Am Nachmittag zieht es Jugendliche auf den Bolzplatz oder in
5 die nahe Parkanlage, während Senior*innen im Schwimmbad ihre Bahnen ziehen oder
6 auf dem Marktplatz plaudern. Und abends übt die Freiwillige Feuerwehr für den
7 Ernstfall. Hier, direkt vor unserer Haustür, finden Gemeinschaft und
8 Zusammenhalt statt. Hier sehen wir auch die Herausforderungen, die entstehen,
9 wenn an den falschen Stellen gespart wird: Unterschiede werden zementiert,
10 antideomokratische Kräfte gewinnen hinzu.

11 Zusammenleben fällt nicht vom Himmel. Es braucht dafür Menschen, die sich
12 gegenseitig respektieren und die gemeinsam füreinander da sind. Es braucht Orte,
13 an denen die Menschen sich begegnen und die allen offenstehen. Und es braucht
14 Rahmenbedingungen, die es den Menschen vor Ort ermöglichen, ihr Zusammenleben zu
15 gestalten. Kommunen können diese Rahmenbedingungen nicht allein sicherstellen:
16 Vielfältige Beziehungen zu den Bundesländern und zum Bund bestimmen kommunale
17 Handlungsmöglichkeiten. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass genau dort die
18 antideomokratischen Kräfte am stärksten sind, wo Strukturen und Orte des
19 Zusammenlebens fehlen. Starke Kommunen hingegen schaffen Begegnungs- und
20 Freiräume, damit der eigene Ort gemeinsam entwickelt werden kann und Menschen
21 dabei auch erleben, dass ihr persönliches Engagement wirksam und wertvoll ist.
22 Das stärkt das Zusammenleben. Und deshalb gilt: Kommunen sind das Fundament
23 unserer Demokratie und der Schlüssel für eine gerechte, nachhaltige Zukunft.

24 Doch genau dieses Fundament bröckelt. 2024 mussten die deutschen Kommunen ein
25 Rekorddefizit von 25 Milliarden Euro verbuchen. Vielerorts sieht man die Folgen
26 schon jetzt: marode Schulen mit undichten Dächern, Bibliotheken mit verkürzten
27 Öffnungszeiten, vernachlässigte Parkanlagen und Spielplätze, Sportstätten, die
28 schließen müssen, und Straßen, die nicht repariert werden. Junge Familien finden
29 keinen Kitaplatz, weil Personal fehlt, und Theater müssen schließen, weil
30 Zuschüsse gestrichen werden. Gleichzeitig haben die Kommunen neue und wichtige
31 Aufgaben erhalten – mehr Kitaplätze, Ganztagsbetreuung, Unterstützung für
32 Menschen mit Behinderung oder die Aufnahme Geflüchteter etwa –, ohne dass ihnen
33 von Bund und Bundesländern ausreichende finanzielle Mittel bereitgestellt
34 wurden. Die Folge: Städte und Gemeinden tragen erhebliche Mehrkosten bei
35 Personal, Infrastruktur und laufendem Betrieb, ohne dafür verlässlich
36 ausgestattet zu sein.

37 Hinzu kommen große Investitionen in die Digitalisierung, die für moderne
38 Verwaltungsstrukturen unerlässlich sind. Für die erfolgreiche Integration von
39 Schutzsuchenden und Zugezogenen ist zudem die Arbeit vor Ort in den Kommunen ein

40 entscheidender Faktor. Dazu stehen enorme Zukunftsaufgaben an: Klimafolgen wie
41 Überschwemmungen oder Hitzewellen machen Investitionen in Wasserleitungen,
42 Begrünung und moderne Klimatechnik dringend notwendig. Der öffentliche
43 Gesundheitsdienst, dem eine zentrale Rolle in der Prävention zukommt, ist
44 chronisch unterfinanziert. Deshalb bleibt ein finanzielles Engagement des Bundes
45 weiterhin unverzichtbar.

46 Auch die alternde Gesellschaft stellt Kommunen vor immer größere
47 Herausforderungen. Die Bundesregierung verschließt die Augen davor, dass
48 kommunale Handlungsfähigkeit auf ausreichende rechtliche wie auch finanzielle
49 Gestaltungsspielräume angewiesen ist. Dabei schafft das Sondervermögen für
50 Infrastruktur und Klimaschutz, das maßgeblich von uns mitgestaltet wurde, gute
51 Voraussetzungen. Doch Merz, Klingbeil und Dobrindt nutzen diese Chance nicht und
52 gefährden damit die Grundlagen für ein gutes Zusammenleben vor Ort. Dem stellen
53 wir uns entgegen.

54 Am Ende geht es um nichts weniger als um die Frage, ob das Leben vor Ort
55 funktioniert. Ob Kinder in sanierten Schulen lernen. Ob die Feuerwehr
56 rechtzeitig ausrücken kann. Ob die nahe Parkanlage bei großer Hitze ein Ort der
57 Abkühlung ist und bei Starkregen Wasser aufnehmen kann. Ob die Oma rechtzeitig
58 mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus kommt. Ob junge Leute in ihrem Ort eine
59 Zukunft sehen oder wegziehen müssen.

60 Wir wollen, dass Kommunen wieder handlungsfähig werden. Dass Busse und Bahnen
61 zuverlässig fahren. Dass Kitas, Schwimmbäder, Theater, Museen, Jugendzentren,
62 Stadtgrün, Sportplätze und Straßen nicht als Kostenfaktor, sondern als
63 Lebensadern unserer Gesellschaft gesehen werden. Das heißt: Es braucht eine
64 verlässliche finanzielle Ausstattung, weniger Bürokratie und mehr Raum für
65 Eigeninitiative. Das sind die Grundlagen, um Handlungs- und Zukunftsfähigkeit
66 vor Ort zu sichern.

67 Dafür reicht es allerdings nicht, mit einem Teil des Sondervermögens für
68 Investitionen das Scheckbuch zu zücken, wie es die Union tut, aber keinen Wert
69 auf eine nachhaltige finanzielle Ausstattung der Kommunen zu legen. Wer Kommunen
70 nicht dauerhaft absichert, ist dafür verantwortlich, dass bald wieder über
71 Kürzungen und marode Strukturen diskutiert wird. Wir dagegen sagen: Kommunale
72 Handlungsfähigkeit wiederherstellen – und zwar nachhaltig. Bund und Länder
73 stehen gemeinsam in der Verantwortung, eine nachhaltige strukturelle Reform auf
74 den Weg zu bringen, die die Kommunen finanziell langfristig absichert.

75 Das bedeutet: Kommunale Pflichtaufgaben müssen zuverlässig und dauerhaft
76 finanziert werden. Wenn der Bund oder die Länder neue Aufgaben für die Kommunen
77 beschließen, dann müssen sie auch für die Kosten geradestehen. Damit senkt eine
78 auskömmliche und bedarfsgerechte Finanzierung die Abhängigkeit kommunaler
79 Akteure von Förderprogrammen der Länder, des Bundes oder der EU. Gleichzeitig
80 bedeutet dies aber auch, dass Kommunen sich aus diesen Mitteln um ihre Aufgaben
81 kümmern müssen.

82 Geld ist nicht alles. Bund und Länder müssen auch ihre Aufgaben bei der
83 Vereinfachung von Verwaltungsprozessen erfüllen: Deshalb darf Digitalisierung
84 kein Schlagwort bleiben, sondern muss den Alltag in Rathäusern und
85 Landratsämtern wirklich erleichtern. Wir stärken digitale Bürgerportale, fördern
86 transparente Open-Data-Angebote und unterstützen Kommunen bei der
87 Cybersicherheit. So schaffen wir Vertrauen in die digitale Verwaltung. Der Bund

88 muss eine zentrale, verpflichtende Digitalisierungslösung bereitstellen, um
89 Verwaltungskosten zu senken und Personal zu entlasten. Unser Ziel ist das „Once-
90 Only-Prinzip“: Bürger*innen geben ihre Daten nur einmal an – Behörden greifen
91 sicher darauf zu, wenn es nötig ist. Das spart Zeit, senkt Kosten und entlastet
92 Personal. Dies erfordert gemeinsame Standards zwischen den Kommunen und
93 zentralen Stellen zur Bearbeitung öffentlicher Leistungen. In Zukunft sollten
94 Verwaltungsvorgänge, vor allem prioritär jene ohne Ermessensspielraum, digital
95 erfolgen und bundesweit einheitlich umgesetzt werden. Zugleich müssen in
96 wesentlichen Bereichen der Daseinsvorsorge zugängliche und barrierefreie Zugänge
97 zu Verwaltungsleistungen bestehen, damit alle Menschen ihre Anliegen erledigen
98 können. So wird Verwaltung verlässlich: ob bei der Kfz-Anmeldung, beim
99 Wohnsitzwechsel oder einer Unternehmensgründung.

100 Wir kämpfen für starke, selbstbestimmte und finanziell gesunde Kommunen, die
101 ihre Verantwortung selbst in die Hand nehmen können. Denn nur wenn es unseren
102 Städten, Gemeinden und Landkreisen gut geht, geht es auch unserem Land gut. Dazu
103 schlagen wir vor:

104 Eigenverantwortung stärken

105 Einnahmepotenziale vor Ort heben

106 Kommunen haben schon heute die Möglichkeit, mit erneuerbaren Energien mehr
107 Wertschöpfung vor Ort zu halten und sogar eigene Einnahmen zu sichern – ob mit
108 Solardächern auf der Schule, Windparks in der Region, Nahwärmeprojekten oder in
109 genossenschaftlichen Bürgerenergie-Modellen. Solche Vorhaben schaffen
110 Arbeitsplätze vor Ort, machen unabhängiger von schwankenden Energiepreisen und
111 stärken das Miteinander in der Region.

112
113 Wir wollen auch mehr Anreize schaffen, Flächen für den Natur- und Artenschutz
114 zur Verfügung zu stellen und Modelle erarbeiten, wie Kommunen mit Flächen, die
115 wertvolle Ökosystemleistungen sichern, Einnahmen generieren können.

116 Das kann nicht nur neue Einnahmequellen für die kommunalen Haushalte eröffnen,
117 sondern erweitert auch die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten. Gewinne aus
118 Netzen und Energieversorgung können so bspw. unter der Regie kommunaler
119 Unternehmen in öffentlicher Hand bleiben, statt an private Investoren
120 abzufließen – und können in Schwimmbäder, Bibliotheken oder Schulen reinvestiert
121 werden. Damit Kommunen diese Chancen konsequent nutzen können, wollen wir sie
122 dabei unterstützen, Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge effizient zu
123 erfüllen, in öffentlicher Hand zu organisieren und wo dies geboten ist,
124 Daseinsvorsorge zurück in die kommunale Trägerschaft zu überführen. So kann der
125 kommunale Einfluss ausgebaut und gestärkt werden, um bspw. die kommunale
126 Energiewende verlässlich voranzubringen.

127 Besonders kleinere Kommunen stoßen bei komplizierten Raumplanungsvorgaben an
128 ihre Grenzen. Deshalb wollen wir Planungsgemeinschaften ermöglichen, in denen
129 Fachpersonal gebündelt wird und Expertise für alle nutzbar ist. Das verschafft
130 auch den kleineren Gemeinden eine echte Stimme bei der Gestaltung ihrer Zukunft.

131 Kommunen eine aktiveres Boden- und Wohnraumpolitik ermöglichen

132 Vielerorts sind die Mieten und Bodenpreise ins Unbezahlbare gestiegen. Doch den
133 Kommunen sind oft Fesseln angelegt. Sie brauchen für eine soziale Boden- und
134 Wohnungspolitik mehr rechtliche Möglichkeiten und finanzielle Unterstützung.

135 Zur Begrenzung von Boden- und Immobilienspekulation müssen die politischen
136 Vorgaben zur Verkehrswert- und Bodenrichtwertermittlung reformiert und am
137 Gemeinwohl orientiert werden. Um möglichst wenige Acker- und Naturflächen in
138 neues Bauland umwandeln zu müssen, sondern mehr Flächen im Siedlungsbereich
139 aktivieren zu können, braucht es eine Stärkung des kommunalen Planungsrechtes.
140 Für die Durchsetzung der kommunalen Planungshoheit und eine strategische
141 kommunale Baulandpolitik braucht es für Städte und Gemeinden umfassendere
142 Vorkaufsrechte im Ertragswertverfahren abseits von Spekulationspreisen. Den
143 Aufbau von kommunalen Bodenfonds wollen wir unterstützen.

144
145 Den Milieuschutz wollen wir so reformieren, dass er einerseits sinnvolle
146 Maßnahmen für die energetische Sanierung, Wärmewende oder für barrierefreien
147 Wohnraum ermöglicht, aber andererseits auch Mieter*innen vor einer übermäßigen
148 finanziellen Überforderung bewahrt. Darüber hinaus muss es Kommunen rechtssicher
149 und schneller möglich sein, Maßnahmen zur Durchsetzung des Milieuschutzes zu
150 ergreifen wie auch konsequent gegen Mietwucher und Zweckentfremdung vorzugehen.
151 Den Aufbau von kommunalen Bodenfonds wollen wir unterstützen.

152
153 Den Milieuschutz wollen wir so reformieren, dass er einerseits sinnvolle
154 Maßnahmen für die energetische Sanierung, Wärmewende oder für barrierefreien
155 Wohnraum ermöglicht, aber andererseits auch Mieter*innen vor einer übermäßigen
156 finanziellen Überforderung bewahrt. Darüber hinaus muss es Kommunen rechtssicher
157 und schneller möglich sein, Maßnahmen zur Durchsetzung des Milieuschutzes zu
158 ergreifen wie auch konsequent gegen Mietwucher und Zweckentfremdung vorzugehen.
159 Damit geplante Bauflächen auch tatsächlich bebaut werden, braucht es die
160 insbesondere in angespannten Wohnungsmärkten eine bessere Durchsetzbarkeit des
161 Baugebotes.

162
163 Dabei werden wir auch die Gesamtbelastung für die Mieter*innen durch Miet- und
164 Nebenkosten nicht aus den Augen verlieren. Mit dem Entwurf des Faire-Mieten-
165 Gesetz schlagen wir ein Bündel von sofort umsetzbaren Maßnahmen vor, um
166 Mieterhöhungen in angespannten Märkten zu begrenzen. Den Bundesländern wollen
167 wir die Möglichkeit geben, explodierende Mieten vor allem in Großstädten und
168 ihren Umlandgemeinden zu stoppen, wie unter anderem ein Mietendeckel. Den
169 Missbrauch von Eigenbedarfskündigungen wollen wir eindämmen und sogenannten
170 Wuchermieten einen wirksamen Riegel vorschieben. Auf EU-Ebene erwarten wir von
171 der EU-Kommission wie angekündigt Ende diesen Jahres die Vorlage eines
172 ambitionierten Plans für bezahlbares Wohnen, um die Förderung von Wohnraum zu
173 erleichtern, den Einfluss der Finanzmärkte zu begrenzen, Bürokratie abzubauen
174 und Kurzzeitvermietungen stärker zu regulieren.

175
176 Zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren wollen wir einen Bundesrahmen-
177 Baukodex schaffen, der in allen Bundesländern gute und möglichst einheitliche
178 Rahmenbedingungen für klimaverträgliches, schnelles und möglichst preiswertes
179 Bauen und Umbauen definiert. Digitale, standardisierte Bauanträge und eine
180 Genehmigungsifiktion bei behördlicher Fristüberschreitung sollen die Regel
181 werden.

182 Gestaltungsmöglichkeiten bei kommunalen Steuern erweitern

183 Neben der Grundsteuer ist die Gewerbesteuer die wichtigste kommunale steuerliche
184 Einnahmequelle. Das Aufkommen ist jedoch sehr konjunkturabhängig, und nicht
185 alle, die von kommunalen Investitionen profitieren, tragen auch dazu bei. Unser
186 Ziel ist eine Erhöhung der Unabhängigkeit kommunaler Finanzen von Zuweisungen
187 und Ausgleichzahlungen. Dazu wollen wir das Band zwischen Kommunen, Wirtschaft
188 und Bürger*innen stärker knüpfen und Kommunen die Möglichkeit geben, ihre
189 Einnahmen konjunkturell stabiler und verlässlicher zu gestalten, indem sie
190 Unternehmen fairer beteiligen können. Möglichkeiten hierzu sind zweckgebundene
191 Abgaben wie eine Nahverkehrsabgabe oder die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer
192 zu einer umsetzbaren kommunalen Wirtschaftssteuer. Dabei gilt, dass die
193 Wertschöpfung vor Ort auch zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben und der
194 kommunalen Infrastruktur vor Ort beitragen muss. Deshalb setzen wir uns dafür
195 ein, dass Unternehmen dort ihre Gewerbesteuern zahlen, wo sie vor Ort
196 wirtschaftlich tätig sind. Die Flucht von Unternehmen vor der Gewerbesteuer in
197 sogenannte „Gewerbesteueroasen“ mit niedrigen Hebesätzen darf sich nicht lohnen.
198 Konkrete Umsetzungsmöglichkeiten dafür mit dem Ziel der Schaffung gleichwertiger
199 Lebensverhältnisse werden wir prüfen. Dazu gehört, den Mindesthebesatz für die
200 Gewerbesteuer zu erhöhen. Bei der Ausgestaltung solcher Modelle wollen wir
201 sicherstellen, dass kleine und finanzschwache Kommunen keine
202 Wettbewerbsnachteile erfahren und faire Rahmenbedingungen für alle geschaffen
203 werden.

204 Verursachergerechte Finanzierung kommunaler Aufgaben stärken

205 Kommunen entstehen durch einzelne Verursacher oft besondere Kosten. Wir wollen
206 sie dabei entlasten, indem wie sie in ihren Möglichkeiten stärken, diese Kosten
207 stärker auf die Verursacher umzulegen. Ein Beispiel dafür ist der entstehenden
208 Entsorgungs- und Reinigungsaufwand, der aus der Ausgabe von Einwegverpackungen
209 durch einzelne Unternehmen entsteht. In solchen Fällen sollen Kommunen die
210 Möglichkeit erhalten, verursachergerecht und rechtssicher Abgaben wie zum
211 Beispiel eine Verpackungsmittelabgabe zu erheben.

212 **Finanzielle Spielräume schaffen**

213 Konnexitätsprinzip rechtssicher und verbindlich machen

214 Wer bestellt, zahlt! Das Konnexitätsprinzip muss als wesentlicher Grundsatz auch
215 im Verhältnis zwischen Bund und Kommunen gestärkt und rechtssicher sowie
216 durchsetzbar ausgestaltet werden. Wer neue Aufgaben für die Kommunen beschließt,
217 muss sie auch bezahlen und verlässlich finanzieren. Wer bestellt hat, ohne zu
218 bezahlen, muss dies nachholen. Deshalb muss der Bund endlich die Mehrbelastungen
219 ausgleichen, die den Kommunen durch die Ausführung von Bundesgesetzen entstehen
220 und die sie weitgehend alleine tragen. Beispielsweise sind die Kosten für
221 wichtige Sozialleistungen, wie die Kinder- und Jugendhilfe und die
222 Eingliederungshilfe, in den letzten Jahren rasant gestiegen. Wir wollen, dass
223 unser Sozialstaat auch in Zukunft funktioniert, ohne dass dafür wichtige
224 Investitionen auf der Strecke bleiben. Deshalb muss der Bund die Kommunen auch
225 bei den Sozialkosten entlasten.

226 Darüber hinaus fordern wir kommunale Realitäten anzuerkennen und neue
227 Pflichtaufgaben, beispielsweise für Integration, einzuführen und diese auch

228 entsprechend zu finanzieren. Auch bei der Überwindung von Wohnungslosigkeit
229 benötigen Kommunen eine ausreichende Finanzierung, damit betroffene Menschen den
230 Zugang zu präventiven Angeboten und Hilfesystemen erhalten.

231 Entscheidende Zukunftsaufgaben, die Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen in
232 massiver Weise herausfordern und – wie der Klimaschutz und die Anpassung an den
233 Klimawandel – bedeutsam für die Herstellung und den Erhalt gleichwertiger
234 Lebensverhältnisse sind, wollen wir auch verfassungsrechtlich als
235 Gemeinschaftsaufgabe verankern. Damit können finanzielle Mittel langfristig
236 kommunal eigenverantwortlich, effizient und flexibel dort eingesetzt werden, wo
237 Investitionen nötig und sinnvoll sind, und kleinteilige, komplizierte
238 Förderprogramme ersetzt werden.

239

240 Das Altschuldenproblem nachhaltig lösen

241 Besonders strukturschwache Kommunen brauchen Unterstützung beim Abbau ihrer
242 Schulden und dauerhafte Entlastung im Sozial- und Jugendbereich, um dem
243 Verfassungsgebot der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gerecht werden zu
244 können. Eine besondere Verantwortung besteht für überschuldete Kommunen, vor
245 allem für solche, die ohne eigenes Zutun aufgrund einer ungleichen
246 Lastenverteilung im Strukturwandel in eine solche Lage geraten sind. Sie dürfen
247 nicht in einer Abwärtsspirale aus fehlenden Eigenmitteln für Förderprogramme,
248 unattraktiven sozialen und kulturellen Infrastrukturen, Fachkräftemangel,
249 wirtschaftlichen Problemen und Abwanderung gefangen bleiben. Das führt zu einem
250 Abrutschen der Lebensverhältnisse und der Lebensqualität. Hier braucht es
251 gemeinsames Engagement aller Beteiligten, auch des Bundes, um eine Entschuldung
252 der Kommunen zu erreichen. Die Bundesregierung muss deshalb jetzt wie
253 versprochen ihren Anteil zur Lösung des kommunalen Altschuldenproblems liefern.
254 Wir setzen uns dazu für einen Altschuldentilgungsfonds ein. Es braucht eine
255 grundlegende bundesweite Entschuldung und nachhaltige strukturelle Reform.

256 Förderprogramme vereinfachen und ihre Anzahl reduzieren

257 Derzeit sind Kommunen ohne Fördermittel häufig selbst bei der Wahrnehmung ihrer
258 Pflichtaufgaben nicht mehr handlungsfähig. Dazu haben Städte und Gemeinden
259 zunehmend Schwierigkeiten, die für deren Beantragung erforderlichen Eigenanteile
260 sowie Verwaltungs- und Planungsleistungen aufzubringen. Wir wollen diesen Weg
261 umkehren: Statt Antragsbürokratie soll es verlässliche Mittel direkt für die
262 Kommunen geben. Es muss daher bei jedem Förderprogramm geprüft werden, ob eine
263 Überführung in die Regelausgleichssysteme möglich ist, insbesondere bei
264 langjährigen und solchen, die kommunale Pflichtaufgaben betreffen. Dies ist auch
265 ein Beitrag zum Abbau des bürokratischen Aufwands.

266 Eine Reduzierung ermöglicht es zudem, notwendige Förderungen zielgenau zu
267 gestalten, etwa durch breitere Anwendungsfelder, mit mehr Pauschalisierungen
268 oder einer Eigenanteilsdynamisierung. Dies bedeutet jedoch auch, dass
269 Förderungen von allgemein durch Ausgleichssysteme finanzierten Zielen zukünftig
270 ausgeschlossen wären. Bei den verbleibenden Förderprogrammen gilt es über eine
271 Digitalisierung der Programme, allgemeine Standards und eine vereinfachte
272 Antragstellung und Dokumentation sicherzustellen. Dies schafft auch die
273 Grundlage für eine bessere Evaluation der geförderten Maßnahmen.

274 Steuerverteilung fairer gestalten – kommunale Anteile stärken

275 Die Kommunen erbringen einen Anteil von rund 25 Prozent der öffentlichen
276 Leistungen. Gleichzeitig steht ihnen aber nur ein Anteil von ca. 14 Prozent des
277 Steueraufkommens zu. Deshalb brauchen sie eine dauerhafte und spürbare
278 Entlastung. Dafür soll der Bund den direkten Anteil der Kommunen an der
279 Umsatzsteuer erhöhen. So lassen sich bedarfsbedingte Defizite schließen.

280 Gleichzeitig nehmen wir auch Zukunftsaufgaben in den Blick: Mit „Kommunalen
281 Freiheitsbudgets“ schaffen wir zweckgebundene, aber flexible Mittel, über die
282 vor Ort entschieden werden kann – ganz ohne Förderdschungel und nur mit dem
283 bürokratischem Mindestaufwand, der notwendig ist, um Entscheidungen und die
284 Verwendung der Mittel für Bürger*innen nachvollziehbar zu machen. Wir wollen
285 zudem, dass erfolgreiches kommunales Handeln sichtbar wird und damit anderen
286 Städten und Gemeinden als Modell und Anreiz dienen kann. Best-Practice-Beispiele
287 sollen dazu besser geteilt und zugänglich gemacht werden.

288 Mehr Gerechtigkeit beim Finanzausgleich

289 Unsere heutigen Finanzausgleichssysteme gleichen vor allem Einnahmeunterschiede
290 aus. Doch die Realität ist längst vielfältiger: Kommunen sind unterschiedlich
291 stark von Klimafolgen, demografischem Wandel oder besonderen Herausforderungen
292 im ländlichen Raum betroffen. Künftig müssen Finanzausgleiche auch diese
293 Unterschiede abbilden. Ein „Kombinationsfaktor im Finanzausgleich“ kann dafür
294 sorgen, dass etwa Gemeinden mit hohen Klimaanpassungskosten oder Regionen mit
295 Abwanderung automatisch zusätzliche Mittel erhalten. So stellen wir sicher, dass
296 niemand zurückbleibt.

297 Einfacher Zugang zu EU-Förderprogrammen für Kommunen

298 Die aktuellen Bestrebungen auf EU-Ebene, die Strukturförderungen des EU-
299 Haushaltes auf der nationalen Ebene zu zentralisieren, lehnen wir ab. Unser Ziel
300 ist die Schaffung eines direkten und einfachen Zugangs zu EU-Fördermitteln für
301 Kreise, Städte und Gemeinden. Nur so können sie gemeinsame europäische Ziele wie
302 Klimaschutz gut umsetzen. Wir fordern von der EU-Kommission, den direkten Zugang
303 zuerst für Kommunen in den EU-Ländern zu ermöglichen, deren Fördermittel durch
304 den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus eingefroren sind.

305 Mit diesen Reformperspektiven stärken wir unsere Kommunen dauerhaft. Es braucht
306 jedoch weitere Anstrengungen, die Handlungsfähigkeiten unseres gesamten
307 Gemeinwesens auch strukturell neu zu denken, zu reformieren und damit
308 langfristig zu sichern. Deutschland braucht eine umfassende Reform seiner
309 föderalen Strukturen. Zu viele Doppelzuständigkeiten und uneinheitliche
310 Regelwerke bremsen. Daher treten wir für eine Reform ein, die klare
311 Verantwortlichkeiten schafft, Zuständigkeiten entflechtet und die
312 Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen stärkt, und begrüßen
313 entsprechende Initiativen aus Politik und Zivilgesellschaft.

314 Wir trauen unseren Kommunen vieles zu – und sie verdienen den Mut, die Mittel
315 und den Rückhalt einer solidarischen Gesellschaft. Denn starke Kommunen sind
316 Orte gelebter Demokratie und Orte, die die Zukunft unseres Landes gestalten.